

# Obwaldner Volksfreund.

pa. Frn. Rühlker, Fürsprecher

Sarnen

## Abonnement

(Bei sämtlichen Post-Bureaus.)  
Jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 4.—  
Halbjährlich . . . . . " 2.10  
bei der Expedition abgeholt jährlich . . . . . " 3.80  
" " " halbjährlich . . . . . " 2.—

N<sup>o</sup> 22.

Erscheint jeden Samstag vormittags.

## Einrückungsgebühr für Obwalden.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum . . . 10 Rp  
Bei Wiederholungen . . . . . 8 "

## Für Inserate von auswärts.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum . . . 15 Rp  
Bei Wiederholungen . . . . . 10 "

Sarnen, 1896.

30. Mai.

26. Jahrgang.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Orell Füssli & Cie. in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien.

## \* Aus der engeren Heimat.

Mit der heutigen Sitzung beginnt die achte Amtsperiode des Kantonsrates. Von den ursprünglichen Mitgliedern gehören nur mehr 14 dieser Behörde an. Der Kantonsrat hat eine friedliche und fruchtbare Tätigkeit entfaltet. Ohne breitspürige oder erregte Debatten hat er viel Nützliches und andauernd Praktisches geschaffen. Ohne schroffe Parteiunterschiede war er gerade mit Rücksicht auf seine vielköpfige Zusammensetzung ein getreues Spiegelbild und oft auch ein Wegleiter der öffentlichen Meinung. Er war zunächst kontrollierende Behörde über den Staatshaushalt. Unter der Herrschaft der Fünziger Verfassung, also in 18 Jahren, vermehrte sich das Staatsvermögen von 338,929 Fr. 19 Cts. auf 351,729 Fr. 30 Rp. Dazu kam der Spital- und der Kasernenbau. Jetzt beläuft sich das Staatsvermögen auf 472,263 Fr. 79 Cts. Jetzt und früher wurden die Spezialfonds mitgerechnet. Es ist sonach zweifellos in keinem andern kantonalen Gemeinwesen erfolgreicher ökonomisiert worden. Das bewirkten größtenteils die sehr bescheidenen Besoldungen. Und es wurde doch materiell viel geleistet. Gesetzgeberisch hat der Kantonsrat in den ersten Perioden naturgemäß eine intensivere Tätigkeit entfaltet. Es waren damals mehr Lücken auszufüllen, und später war durch die Erweiterung des Bundesrechtes in hohem Maße die kantonale Kompetenz beschränkt. Vor Allem aber liebt das Volk in der Gesetzgebung kein allzu rasches Tempo. Immerhin hat unter der Herrschaft der jetzigen Verfassung unsere Gesetzgebung um mehr als tausend Druckseiten sich bereichert. Man soll durch die Gesetzgebung tunlichst dem sozialen Bedürfnis zu genügen suchen, man soll aber nicht durch oberflächliche Flickarbeit die Rechtskenntnis verdunkeln. Was sehr notwendig wäre, was aber auch eine durchaus gründliche Arbeit sein sollte, das ist eine systematische Zusammenstellung der rechtskräftigen Gesetzgebung. Diese hätte sich, der praktischen Wichtigkeit wegen, auszudehnen auf die Rechtssetzung des Bundes, und auf der andern Seite sollte aus den kantonalen Amtsblättern manche Polizeiverordnung Aufnahme in die Gesetzesammlung finden. Es wäre dies ein schönes Stück Arbeit für einen Mann, der hierfür Muffe hat. Die Frage ist aber, ob nicht füglich an der Spitze eine Verfassung figurieren würde, welche nicht durch das neuere Bundesrecht vielfach durchlöchert ist. Wir möchten nicht leichtsinnig einer Revisionsbewegung rufen, würden aber vor einer ruhigen und ernsten Verfassungsdebatte keineswegs zurückschrecken. Wir sind überhaupt kein Freund des Stillstandes, für einschneidende Neuerungen muß sich freilich ein zielbewußtes Volksbedürfnis zeigen. Wir sind Freund einer konsequenten und friedlichen Entwicklung, und die Hauptsache hierfür ist das gegenseitige Vertrauen, der tatkräftige Opferwille für die Wohlfahrt und Ehre des Landes, überhaupt das christlich-patriotische Pflicht- und Ehrgefühl. Wir müssen uns vor jeder Großmannsucht und jedem Schwindel hüten, aber wir sollen uns auch gegenseitig nicht verkleinern, wir sollen ein mannhaftes Solidaritätsgefühl und Selbstvertrauen haben und auf solidem Boden, auf ehrenhaften Bahnen mutig weiter bauen. Wir sollen auf dem Boden der heutigen Entwicklung der Eidgenossenschaft die Existenzfähigkeit und Existenzberechtigung einer kleinen urschweizerischen Demokratie durch die Tat beweisen und wir sollen zeigen, daß das Verständnis für den gesunden Fortschritt und für die wahren sozialen Bedürfnisse auf dem Boden des praktischen Christentums beruht.

Infolge des Bundesbeschlusses betreffend Förderung der weiblichen Berufsbildung beschloß der Regierungsrat, es sollen mindestens zwei Personen in einer diesbezüglichen Spezialschule zu Arbeitslehrerinnen ausgebildet werden. Dieselben stehen dann derart zur Verfügung der kantonalen Behörden, daß sie je nach Bedürfnis zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Gemeinden und Filialen ständigen Unterricht erteilen. Es soll auch im Verlaufe dieses

Jahres ein tunlichst auf die eigentlichen Volksbedürfnisse berechneter Koch- und Haushaltungskurs erteilt werden. Es soll überhin dieses Jahr durch eine außerkantonale, mit den ländlichen Verhältnissen tunlichst vertraute Arbeitslehrerin eine Inspektion sämtlicher Arbeitsschulen stattfinden. Im Regierungsrat waltete entschieden die Ansicht ob, daß die Arbeitsschule für die Mädchen, bei anderweitiger Entlastung, als ein obligatorisches Lehrfach betrachtet werden müsse. — Es handelt sich hier um eine volkswirtschaftlich äußerst wichtige Frage. Wenn die Kenntnis der weiblichen Handarbeiten im Hause fehlt, so nützt aller Verdienst des Mannes nichts. Wenn die Frau die einfachsten und natürlichsten Speisen nicht nahrhaft kochen kann, so leidet darunter ungemein die Gesundheit der Familie und herrscht fast zweifellos das „Köhhit“ oder läuft der Mann ins Wirtshaus. Wenn man nicht Lust und Liebe zu tüchtiger Arbeit hat, so waltet kein Segen und werden die Kinder unmöglich in solidem, haushälterischem Sinn erzogen. Mit der Halbheit ist nichts getan, man muß gerade in den einfachsten Verhältnissen die notwendige Arbeit recht und gründlich kennen. Für alles soziale Leben giebt es nur einen wahren Zauberspruch für Glück und Ehre: „Bet' und arbeit', Gott hilft allzeit!“

## Eidgenossenschaft.

— \* Das sind für den Bundesrat üble Berater, welche die Volksabstimmung über das dreifache Referendum zeitlich trennen möchten. Es hieße dies das Volk wie ein unmündiges Kind behandeln. Ist denn das Schweizervolk so schwachsinzig, daß es verschiedene Fragen an einem Tage nicht auseinanderhalten kann? Warum hat es denn am gleichen Tage das Fabrikgesetz angenommen, das Stimmrechts- und das Militärsteuergesetz dagegen abgelehnt? Wäre man nur in Bern stets so vernünftig wie das Schweizervolk! Was fruchtete die zeitlich getrennte Abstimmung über das Zündhölzchenmonopol und die Militärvorlage? Will man denn das Volk mit aller Gewalt ermüden und verbittern? Das Volk braucht keine Bögte. Blinder Uebermut tut niemals gut. Wir sind fürwahr kein Freund der Obstruktion, aber woher kommt der Geist der Obstruktion landauf landab? Von der Ueberfättigung durch die Bureaucratie und die Gesetzesfabrikation und von den aufdrängerischen Centralisationsprojekten, die wie Maikäfer und Spaten durch die Rüste schwirren. Der Selbstständigkeitswille und der gesunde Verstand des Volkswillens will nichts wissen von der Glückseligkeitstheorie der Staatsallmacht, das Volk will freier atmen, es will weniger regiert sein.

— \* Entweder haben die Berner am meisten Holz oder dann ist der Muß das Schoopkind der Mutter Helvetia. Die Berner bilden den sechsten Teil der Eidgenossen, von den 725 Mann der eidgenössischen Centralverwaltung stellen sie aber einen guten Drittel, d. h. 257 Mann. Auf der Sonnenseite des Bundeshauses und in den weichen, würdigen Fauteuils ihrer Bureaux läßt sich schon in monopolistischem „Freisinn“ für alle möglichen und unmöglichen Centralisationen schwärmen. Die Zürcher stellen in ihrer Bescheidenheit nur 60 Mann zur Bundes-Nobelgarde. Die Urschweiz war verhältnismäßig viel stärker im Rütli vertreten. Es war dies vielleicht Annäherung von ihr. Uri stellt jetzt 4, Schwyz 3, Obwalden 2 Mann (worunter einen der Gediegensten), Nidwalden keinen. Die Urschweiz hat aber auch kein Holz für Bundesräte und für Bundesrichter. — Wir können freilich diese Verteilung der Lichtstrahlen der Bundesgnade nicht als unsehlbares meteorologisches Bulletin für die Intelligenz der einzelnen Gauen und Stämme der Eidgenossen ansehen. — Es handelt sich in obigen Ziffern allerdings nur um das Cadre des eidg. Beamtenheeres, das mit 13,600 Mann bedeutend stärker ist als eine Armee-Division, aber auch unter der gesamten Mannschaft findet sich verhältnismäßig kein zahlreicherer

Contingent der Urschweiz. Wenn man durch die Helvetisierung der Schweiz das Bundesbeamtentum auf zwei Armeekorps bringt, so wird die böse Opposition im Volke wohl gebändigt werden, und dann herrscht zwar nicht Freiheit, aber Ruhe in der Schweiz.

— \* Interessant ist die Zusammenstellung über die Militärpflichterfassener. Von 509,491 Männern im wehrpflichtigen Alter sind 276,496 oder 54,26% dienstuntauglich. Das weitaus ungünstigste Verhältnis hat Tessin mit über 76%! Entweder wird es dort sehr leicht genommen mit der vaterländischen Wehrpflicht, oder dann gleichen die sozialen Zustände den politischen. Das weitaus günstigste Verhältnis hat Obwalden mit 41% der Dienstbefreiten. Es ist dies so gut wie die Schulstatistik ein hohes Ehrenzengnis für's Obwaldnervolk. Obwalden leistet aber auch sonst pflichtgetreu sein Scherflein auf den Altar des Vaterlandes. Während die fratelli ticinosi auf den Kopf der Tazierten nur Fr. 2.12 Militärsteuer entrichten, nimmt Obwalden mit Fr. 5.70 den 7. Rang unter sämtlichen Kantonen ein. Es liegt hierin ein Beweis der Gewissenhaftigkeit in Ausnützung der Steuerkraft.

— Im Jahre 1895 sind aus der Schweiz 4268 Personen nach überseeischen Ländern ausgewandert. Es ist diese Zahl etwas größer als im Vorjahre, dagegen erheblich kleiner als in den Jahren 1891, 1892 und 1893. Obwalden stellte zum Kontingent der letztjährigen Auswanderer 30 Personen. Diese Zahl ist allerdings gegenüber einer früheren Periode bedeutend zurückgegangen. Sie ist jedoch immer noch zu groß. Luzern hatte 64, Uri 29, Schwyz 76, Nidwalden bloß 6 und Zug 21 Auswanderer. Weitans die meisten Auswanderer suchten ihr Reiseziel in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es waren dies nicht weniger als 3,697 Personen. 108 Auswanderer übersiedelten nach Brasilien. Am stärksten herrschte das Auswanderungsfeber im Monat September; denn es entfallen auf diesen Monat nicht weniger als 575 Auswanderer. Die meisten Auswanderer standen in der Altersperiode von 20 bis 29 Jahren. Es waren ihrer 945 männlichen und 594 weiblichen Geschlechtes. Die Zahl der Ledigen überwiegt unter den Auswanderungslustigen diejenige der Verheirateten selbstverständlich ganz bedeutend. Immerhin befinden sich unter den Ausgewanderten auch 245 Knaben und 247 Mädchen, die noch nicht zehn Jahre zählten. Im ganzen haben 2,525 männliche und 1743 weibliche Personen eine neue Heimat jenseits des Weltmeeres aufgesucht, darunter befand sich auch ein 80-jähriger Greis, der noch in seinen alten Tagen europamüde geworden oder, was wahrscheinlicher ist, durch seine Angehörigen zur Auswanderung veranlaßt worden war. Nach ihrem Berufe widmeten sich 1287 Auswanderer der Land-, Vieh- und Milchwirtschaft und die übrigen verteilten sich auf eine lange Reihe von verschiedenen Erwerbszweigen. 3660 betraten in New York den Boden der neuen Welt, 342 taten dies in Buenos Aires (Argentinien) und die Uebrigen verteilten sich auf 28 verschiedene Seehäfen. Der Strom der Auswanderung hat gegenüber einer früheren Zeit bedeutend abgenommen; aber er sollte entschieden noch mehr eingedämmt werden; denn wie mancher träumt von einem gelobten Lande, wo Milch und Honig fließt, oder wo, um sich nach modernen Begriffen auszudrücken, ein reicher Gewinn und Verdienst zu finden ist, wo aber statt dessen unfähig viel Mühen und Sorgen und ein frühes Grab fern von der Heimat auf ihn warten. Heute noch gilt der alte, schöne Grundsatz: „Bleibe daheim und nähre Dich redlich!“

## Obwalden.

— Aus dem Regierungsrat. Das Schweiz. Eisenbahndepartement teilt mit, daß es dem Sommerfahrplan der Jura-Simplon-Bahn unter Vorbehalten Genehmigung erteilt habe. — Der Bundesrat teilt mit, daß er Frn. Heinrich Angst in Zürich als Generalkon-